Stadt Freiburg im Breisgau

Amt für Kinder, Jugend und Familie Abt. 3, SG 3, Kindertagespflege Europaplatz 1, 79098 Freiburg i.Br.

E-Mail: aki@freiburg.de

Antrag auf Erstattung von Beiträgen zur Alters-, Krank VIII in Verbindung mit den Städtischen Richtlinien zur F	
Freiburg im Breisgau in der Fassung vom 23.07.2024	orderung von Kinder in Kinder tagespriege der Stadi
	ah hia
Erstantrag Folgeantrag Änderungsantrag	ab bis (maximal Ende Kalenderjahr)
Antragsteller*in	
Name, Vorname	Geburtsdatum
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Telefon	E-Mail
Name der Bank	IBAN
BIC	Pflegeerlaubnis gültig bis
Ich bin tätig als Kindertagespflegeperson:	
im eigenen Haushalt in ande	eren geeigneten Räumen
und habe nur Einkünfte aus der Betreuungstätigkeit als	Kindertagespflegeperson
und habe noch weitere Einkünfte:	l-/Zinserträge, Gründungszuschuss, andere Tätigkeit)
Dem Antrag sind als Nachweise beizulegen (immer alle S	Seiten):
	Rentenversicherung über die Berechnung der monatlicher agsstellung gelten sowie alle Änderungs- und
	id der Krankenkasse über die Berechnung der monatlicher ragsstellung gelten sowie alle Änderungs- und
 Zur Unfallversicherung: der Bescheid der BGW versandt, ggf. nachreichen) 	(werden immer im April des Folgejahres von der BGW
 Gilt nur für die Großtagespflege, wenn GbR: Na Vertrag im beantragten Zeitraum 	chweis über die Aufteilung des Einkommens nach GbR-
Hiermit versichere ich, dass meine Angaben vollständig u zur Kenntnis genommen.	nd richtig sind. Die Hinweise auf der Rückseite habe ich
Ort, Datum	 Unterschrift Antragsteller*in

Hinweise zur Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge

Grundsätzliches

Kindertagespflegepersonen haben bei Vorliegen aller Voraussetzungen Anspruch auf die anteilige Erstattung nachgewiesener Beiträge zu einer angemessenen Alterssicherung, Kranken- und Pflegeversicherung. Die Erstattung der Sozialversicherungsaufwendungen erfolgt auf Antrag der Tagespflegeperson und separat von der Zahlung der laufenden Geldleistung längstens bis Ende des Kalenderjahres, danach ist ein Folgeantrag zu stellen.

Die Auszahlung der Erstattung erfolgt monatlich, erstmals auf der Grundlage der für Januar 2025 gezahlten Geldleistung, und wird jeweils zum 01.07. und zum 15.11. des Kalenderjahres durch eine Spitzabrechnung geprüft. Hierbei kann es zu Nachzahlungen oder Rückforderungen kommen. Ab 2026 erfolgt die Berechnung auf Grundlage der Daten vom 15.11. des Vorjahres.

Die zu erstattenden Beträge berechnen wir aus der laufenden Geldleistung nach § 23 Absatz 2, Nr.1 und 2 SGB VIII i. V. mit den jeweils aktuell gültigen Förderrichtlinien der Stadt Freiburg.

Die Erstattung von privaten Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen wird im Einzelfall geprüft.

Wie werden die angemessenen Beiträge berechnet?

Von der gezahlten Geldleistung ziehen wir die Betriebsausgabenpauschale ab. Aus dem Ergebnis werden die Sozialversicherungsbeiträge errechnet, die wir als Grundlage für die Erstattung nehmen.

Mit welchen Beitragssätzen wird gerechnet?

Für die Alterssicherung nehmen wir den aktuellen Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung (derzeit 18,6 %), bei der Krankenversicherung den aktuellen Beitragssatz (derzeit 14,6 % bzw. den ermäßigten Beitragssatz von 14 %). Als Zusatzbeitragssatz legen wir den von Ihrer Krankenversicherung festgesetzten Beitragssatz zugrunde.

Bei der Pflegeversicherung rechnen wir mit den jeweils geltenden Beitragssätzen (derzeit 4,2 % ohne Kind und 3,6 % mit Kind, bei jedem weiteren Kind reduziert sich der Beitrag um 0,25 %).

Wie hoch ist die Erstattung?

Die aus unserer Berechnung resultierenden Beträge für die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung werden von uns zur Hälfte erstattet. Die Unfallversicherung wird in voller Höhe erstattet.

Einführung eines elektronischen Datenübermittlungsverfahrens

Wir melden seit 2016 alle ausgezahlten Erstattungen von Beiträgen zu Alters-, Kranken- und Pflegeversicherungen sowie der gesetzlichen Unfallversicherung an die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA). Dieses Verfahren soll sicherstellen, dass die Erstattung von Zuschüssen zu Vorsorgeaufwendungen - insbesondere für Beiträge zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung - steuerlich zutreffend erfasst wird (§ 10 Absatz 4b Satz 4 bis 6 Einkommensteuergesetz).

Mitwirkungspflicht

Wir weisen Sie darauf hin, dass Sie gemäß § 60 SGB I verpflichtet sind, uns jede Beitragsänderung für den beantragten Zeitraum mitzuteilen.